

Stadt Murrhardt

REMS – MURR – KREIS

- Baurechtsamt -



Bebauungsplan

Gewerbegebiet „Mühlwiesen II“

Stadtbauamt Murrhardt, den 10.06.1994 / 19.07.1996

Rems-Murr-Kreis
Stadt Murrhardt
Gemarkung Murrhardt

Bebauungsplan

„Mühlwiesen II“

M. 1: 500

Aufgestellt:

Bauverwaltung Murrhardt, den 10.06.1994/05.01.1995/19.07.1996

blau gezeichnet mit Datum vom 16.1.1997



Martin Pfender
Techn. Beigeordneter



Auswertigungs- und Verfahrensvermerke:

Aufstellungsbeschuß (§ 2 Abs. 1 BauGB):	10.10.1991
Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses (§ 2 Abs. 1 BauGB):	19.10.1991
Aufruf zur vorgezogenen Bürgerbeteiligung durch ortsübliche Bekanntmachung in Murr- hardter Zeitung:	
Vorgezogene Bürgerbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB): vom	29.06. - 31.07.1992
Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange über die Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB:	
Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB): vom	20.05 - 22.07.1992
Beratung der Ergebnisse aus vorgezogener Bürgerbeteiligung und frühzeitiger Beteiligung der Träger öffentlicher Belange:	08.09.1994
Auslegungsbeschuß (§ 3 Abs. 2 BauGB):	08.08.1994
1. öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB): vom	11.10.- 11.11.1994

Beratung der Ergebnisse aus 1. öffentlichen
Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB): 09.02.1995

2. öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 3 BauGB): vom

Beschlußfassung über die Ergebnisse der
2. öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB): 27.02.1997

Satzungsbeschluß (§ 10 BauGB): 27.02.1997

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat mit Erlaß
vom 13.02.1998 AZ.: 22-26-800-Murrhardt, Stadt
im Anzeigeverfahren keine Verletzung von
Rechtsvorschriften geltend gemacht.

Ausfertigungsdatum: 13.03.1998

Ortsübliche Bekanntmachung des Anzeigeverfahrens
(§ 12 BauGB): 14.03.1998

Inkrafttreten (§ 12 BauGB): 14.03.1998

Ausfertigungsverfügung:

Dieser Lageplan in der vorliegenden Fassung ist Teil des vom Gemeinderat in
öffentlicher Sitzung am 27.02.1997 als Satzung beschlossenen Bebauungsplanes
„Mühlwiesen II“. Das Regierungspräsidium Stuttgart hat mit Erlaß vom 13.02.1998,
Az.: 22-26-800 im Anzeigeverfahren eine Verletzung von Rechtsvorschriften, die die
Versagung einer Genehmigung nach § 6 Abs. 2 BauGB rechtfertigen würde, nicht
geltend gemacht. Die ortsübliche Bekanntmachung des Bebauungsplanes gemäß § 12
BauGB 1986 wird hiermit angeordnet.

Murrhardt, den 13.03.1998



Ulrich Burr
Bürgermeister

Textteil zum Bebauungsplan

„Gewerbegebiet Mühlwiesen II“

Rechtsgrundlagen:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.11.1994 (BGBl. I S. 3486)
- Die Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)
- Die Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58)
- Die Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 08.08.1995 (GBl. S. 617)

In Ergänzung der Planzeichen, Planfarben und Planeinschriebe des Lageplanes wird festgesetzt:

A. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BauGB und BauNVO)

1. Art der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 8 BauNVO

Auf den mit dem Planzeichen GE gekennzeichneten Flächen wird Gewerbegebiet im Sinne von § 8 BauNVO festgesetzt.

Genehmigungspflichtige Anlagen gemäß § 4 Bundesimmissionsschutzgesetz in der Fassung vom 14.05.1990 (BGBl. I S. 880) in Verbindung mit Spalte 1 des Anhanges zur 4. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes in der Fassung vom 24.07.1985 (BGBl. I S. 1586) sind nicht zulässig.

Entsprechend § 1 V BauNVO werden Einzelhandels- und sonstige Handelsbetriebe mit Verkauf an Letztverbraucher nicht zugelassen.

2. Grund- und Geschossflächenzahl (§§ 19 und 20 BauNVO)

Es wird eine Grund- und Geschossflächenzahl – jeweils nach Einschrieb im Lageplan – festgesetzt.

Die zulässige Grundfläche darf abweichend vom § 19 Abs. 4 S. 2 BauNVO durch die Grundfläche der in § 19 Abs. 2 S. 1 BauNVO genannten Anlagen bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8 überschritten werden (§ 19 Abs. 4 S. 3 BauNVO).

3. Zahl der Vollgeschosse (§ 20 BauNVO)

Die Zahl der Vollgeschosse wird nach dem jeweiligen Einschrieb im Lageplan als Höchstgrenze (Z= II) festgelegt.

4. Bauweise (§ 22 BauNVO)

Es wird die offene Bauweise festgesetzt.

5. Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Siehe Einzeichnung im Lageplan

6.1 Höhenlage der baulichen Anlagen (§ 18 Abs. 1 BauNVO)

Die maximale Gebäudehöhe wird bezogen auf die Oberkante der Achse der Straße „Im Beundle“, gemessen im rechten Winkel zur Straßenachse entsprechend der zeichnerischen Darstellung in Anlage A je nach Dachform festgesetzt. Für die zulässige Gebäudehöhe ist bei Flachdächern und flachgeneigten Dächern die Oberkante der Dachkonstruktion oder Attika oberer Bezugspunkt.

Im ganzen Plangebiet können technische Aufbauten und Kamine über die festgesetzte Gebäudehöhe ausnahmsweise zugelassen werden.

6.2 Erdgeschossfußbodenhöhe – EFH – (§ 9 II BauGB)

Für die Grundstücke nördlich der Erschließungsstraße „Im Beundle“ wird die ERH der Gebäude wie folgt festgesetzt:

Sie entspricht der Höhe der Straße in Verlängerung der Gebäudeachse. Die Gebäudeachse verläuft rechtwinklig zur Straße in der Gebäudemitte.

7. Zu- und Ausfahrten (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Die maximale Breite des Verkehrsflächenanschlusses wird für Zufahrten entlang der Straße „Im Beundle“ auf 6 m begrenzt.

8. Nebenanlagen (§ 1 Abs. 5, § 14 BauNVO)

Nebenanlagen sind, soweit es sich um Gebäude handelt, in den nicht überbaubaren Grundstücksflächen unzulässig.

9. Böschungen und Stützbauwerke an Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB)

Im Plan sind die zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlichen Aufschüttungen und Abgrabungen dargestellt.

Hinweis: Die Herstellung ist zu dulden.

Die öffentlichen Verkehrsflächen werden gegen die angrenzenden Grundstücke durch Rabattensteine abgegrenzt. In diese Grundstücke wird zur Befestigung der Rabattensteine Beton auf eine Breite von 15 cm und Tiefe von 20 cm eingebracht.

Hinweis: Der Hinterbeton ist zu dulden.

10. Pflanzgebote (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

Auf den mit „Pfg“ gekennzeichneten Flächen sind nachstehend beschriebene Pflanzmaßnahmen durchzuführen. Die angelegten Pflanzungen sind dauernd zu erhalten. Sterben Pflanzen ab, sind die nachzupflanzen.

Pfg 1: Einzelbäume entlang der Straßen im Beundle

Pflanzgebot für einheimische, großkronige Einzellaubbäume mit ca. 16 m Abstand. Wenn wegen anzuordnender Grundstückszufahrten der Abstand verändert werden muss, darf das Abstandsmaß auf max. 20 m erhöht werden. Für jeden Baum ist eine wasserdurchlässige Baumscheibe mit mindestens 8 m² Fläche anzulegen.

Als geeignete Bäume kommen z. B. in Betracht:

Einheimische, großkronige Laubbäume

Baumarten:	Ahorn	
	z. B. Spitzahorn:	Acer platanoides
	Bergahorn:	Acer pseudoplatanus
	Linde	
	z. B. Winterlinde:	Tilia cordata
	Eiche	
	z. B. Trauben–Eiche:	Quercus petraea
	Buche	
	z. B. Hainbuche:	Carpinus betulus
	Walnuss:	Juglans

Bei Anpflanzung müssen die Bäume in ca. 1 m Höhe einen Stammumfang von 18 – 20 cm haben.

Pfg 2: Einzelbaum mit Unterpflanzung auf Verkehrsinsel

Als Einzelbaum kommt insbesondere ein unter Pflanzgebot 1 genannter Baum in Betracht.

Für die Unterpflanzung mit Bodendeckern kommen insbesondere folgenden Pflanzen in Betracht:

z. B.	Rosa spec.	-	Rosen
	Potentilla	-	Fingerstrauch
	Pachysandra	-	Schattengrün
	Spirea	-	Spierstrauch
	Vinca minor	-	Immergrün

Die Bodendecker für die Unterpflanzung dürfen eine Höhe von max. 0,8 m Höhe erreichen.

Pfg 3: Entlang der südöstlichen Grenze parallel zum Jägerweg

7m breiter Pflanzstreifen aus Bäumen, Sträuchern und Gehölzen. Art und Anordnung der Gehölze ergeben sich aus dem Bepflanzungsvorschlag de Stadtbauamtes vom 10.06.1994/19.07.1996 (vgl. Anlage C). Es ist ein Wall/ Erdwelle anzulegen, die eine Höhe von 2 m nicht überschreiten darf.

Pfg 4: Entlang des offenen Wassergrabens Flst. 321/2

wird eine 8 m breiten Pflanzgebotsfläche festgesetzt. Diese ist entsprechend der Systemskizze aus einem einmal im Jahr zu mähenden Saumstreifen mit 5,5 m und am westlichen Rand mit einer zweistufig aufgebauten Gehölzgruppe mit 2,5 m Breite anzulegen.

Es ist auf einen weitestgehend unbeschatteten Saumstreifen zu achten. Die Gehölzgruppe darf keine durchgehende, geschlossene Bepflanzung darstellen.

Soweit der Wassergraben Flst. 321/2 verdolt ist (nordöstlicher Bereich), ist er frei zu legen.

Insoweit wird entlang des Flst. 321/2 eine 13 m breite Pflanzgebotsfläche festgesetzt. Der freigelegte Wassergraben ist als flache Mulde mit leicht gekrümmter Linienführung auszubilden. Die Geländemulden sind mit geeignetem Pflanzenmaterial aus dem Bebauungsplangebiet „Mühlwiesen I“, alternativ aus dem Gebiet „Mahd“ einzugrünen. Zum Pflanzgebot 5 hin sind stufig aufgebaute Gehölzgruppen mit Verdichtung zum Fornsbach anzulegen.

Pfg 5: Entlang des Fornsbaches wird eine 12 m breite Pflanzgebotsfläche festgesetzt.

Diese ist aus einem 2 – 3 mal pro Jahr zu mähenden befahrbaren Wiesenstreifen mit 2,5 m Breite, einem 4,5 m breiten Sukzessionsstreifen mit bereichsweiser Anlage von 1 mal jährlich zu mähendem sehr flachen Geländemulden und einem 5 m breiten unbeeinflussten Sukzessionsstreifen mit dem Ziel der Verbreiterung des Ufergehölzsaumes anzulegen.

In den lückigen Ufergehölzbeständen sind Gehölzpflanzungen entsprechend der Pflanzenliste durchzuführen.

Pfg 6: Pflanzstreifen parallel zur südwestlichen Grenze des Geltungsbereiches.

Anlage eines 6 m breiten Pflanzstreifens nördlich der Straße „Im Beundle“, bzw. eines 9 m breiten Pflanzstreifens südlich der Straße „Im Beundle“ aus einheimischen Bäumen, Sträuchern und Gehölzen. Diese Fläche kann zur Versickerung von Niederschlagswasser (vgl. Teil A Nr. 11) in Anspruch genommen werden.

Die zulässigen Pflanzarten ergeben sich aus Anlage C.

Pfg 7: Extensive Dachbegrünung von Flachdächern.

Flachdächer sind mit einer mindestens 10 cm starken Erdschicht zu überdecken und extensiv zu begrünen. An Stelle der Erdschicht kommt auch hierfür geeignetes Granulat in Betracht.

Für die Dachbegrünung kommen insbesondere folgende Gewächse in Betracht:

Horstgräser:	Gemsens-Schwingel (<i>Festuca rupicaprina</i>) Bewimpertes Perlgras (<i>Melica ciliata</i>) Erd-Segge (<i>Carex humilis</i>)
Stauden:	Steinbrech-Felsennelcke (<i>Tunica saxifraga</i>) Langhaariges Habichtskraut (<i>Hieracium pilosella</i>) Ästige Graslilie (<i>Anthericum ramosum</i>) Großblütige Brunelle (<i>Prunella grandiflora</i>)
Polsterstauden:	Scharfer Mauerpfeffer (<i>Sedum acre</i>) Milder Mauerpfeffer (<i>Sedum sexangulare</i>) Weiße Fetthenne (<i>Sedum album</i>) Echte Hauswurz (<i>Sempervivum tectorum</i>) Frühlingsfingerkraut (<i>Potentilla tabernaemontani</i>)

Pfg 8: Pflanzgebot für Stellplätze

Bei der Anlage von Park- und Stellplätzen ist für je 15 Stellplätze ein großkroniger Baum zu pflanzen. Bei der Berechnung ist aufzurunden. Die Erdfläche um den Baum muss mindestens 8 m² groß sein. Die Bäume sind auf dem Parkplatz verteilt anzuordnen.

Geeignete Bäume sind insbesondere unter Pflanzgebot 1 bezeichnete Bäume.

Pfg 9: Fassadenbegrünung

Es wird ein Pflanzgebot 9 festgesetzt, wonach die Fassaden der Gebäude mit bestimmten, als Beispielen vorgegebenen Pflanzen in einer festgesetzten Pflanzdichte zu begrünen sind.

Mindestens 25 % der Außenwandflächen von Nord-, West- und Südseite sind mit rankenden oder schlingenden Pflanzen zu begrünen. Die Fassaden der Ostseite sind je 3 m Wandlänge mit mindestens 2 Pflanzarten zu begrünen. Die Pflanzung ist dauerhaft zu erhalten.

Pflanzarten:

Nordseite:

Efeu (*Hedera helix*)

Südseite:

Wilder Wein (*Parthenocissus* in Sorten)

Rose (*Rosa* in Sorten)

Ostseite:

Efeu (*Hedera helix*)

Hopfen (*Humulus lupulus*)

Geisblatt (*Lonicera* in Sorten)

Westseite:

Waldrebe (*Clematis vitalba*)

Wilder Wein (*Parthenocissus* in Sorten)

Geisblatt (*Lonicera* in Sorten)

11. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 I Nr. 20 BauGB)

Niederschlagswasser von Dachflächen ist auf den jeweiligen Grundstücken, ausnahmsweise mit Zustimmung der Gemeinde auf der Fläche des Pfg 6, zur Versickerung zu bringen. Zulässig sind Muldenversickerung oder Rohr- und Rigolenversickerung. Ersatzweise kann das Niederschlagswasser auch einer Vorflut (Fornsbach oder Wassergraben Flst. 321/2) zugeleitet werden. Hierfür können die öffentlichen Grünflächen (Pflanzgebote 4 und 5) in Anspruch

genommen werden. Offene Wassergräben zur Ableitung des Niederschlagswassers sind naturnah zu gestalten.

Die Einleitung von Abwasser und Oberflächenwasser aus befestigten Flächen in die Gräben ist nicht zulässig.

Für die Versickerung von Niederschlagswasser oder das Ableiten in eine Vorflut sind eine wasserrechtliche Erlaubnis und eine Ausnahme von der städtischen Abwassersatzung erforderlich. Diese sind mit dem Bauantrag zu beantragen.

12. Garagen (§ 12 Abs. 6, § 23 Abs. 5 BauNVO)

Garagen sind auf der unüberbaubaren Fläche zwischen dem Fornsbach und der südlich davon liegenden Baugrenze unzulässig.

B. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 74 LBO)

1. Dachgestaltung (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

Es sind Satteldächer, Sheddächer und Flachdächer zugelassen.

Die Dachneigung bei Satteldächern muss mindestens 15 ° betragen. Flachdächer sind extensiv zu begrünen (vgl. Teil A Nr. 10 Pfg 7). Dachaufbauten zur Schaffung von Nutzflächen sind unzulässig.

2. Werbeanlagen (§ 74 Abs. 1 Nr. 2 LBO)

Beleuchtete und angestrahlte Werbeanlagen sind nicht zulässig.

3. Einfriedungen (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

Tote Einfriedungen dürfen nicht höher als 1,80 m sein. Ausnahmen können zugelassen werden, wenn die Einfriedung von der Grenze abgerückt und davor ein Pflanzstreifen für Sträucher mit einer Breite von 1,20 m angelegt wird.

An den Außenseiten des Plangebietes sind Zäune nur auf den Innenseiten der Pflanzgebotsflächen zulässig.

4. Farbgebung der Gebäude (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

Bei der Farbgebung der Gebäude sind nur Farben aus der Erdfarbenskala zugelassen. Die Dächer sind in den Farben rot bis rotbraun auszuführen. Reflektierende Materialien sind von der Dachdeckung ausgeschlossen.

5. Stellplätze (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

Stellplätze im Bereich der Flurstücke 322, 323, 325, 326 und 328 sind mit wasserdurchlässigem Belag herzustellen.

C. Hinweise

1. In den Untergrund einschneidende Gebäude sollen als wasserdichte Wannen ausgebildet werden.
2. Maßnahmen, bei denen aufgrund der Tiefe des Eingriffs in den Untergrund mit Grundwasserfreilegungen gerechnet werden muss, sind der unteren Wasserbehörde rechtzeitig vor Ausführung anzuzeigen.
3. Wird im Zuge von Baumaßnahmen unerwartet Grundwasser erschlossen, so sind die Arbeiten, die zur Erschließung geführt haben, unverzüglich einzustellen und das Landratsamt als Untere Wasserbehörde zu benachrichtigen.
4. Jede Grundwasserhaltung im Zuge einer Baumaßnahme bedarf unabhängig von der Menge und Dauer der behördlichen Zustimmung. Das Einlegen von Drainagen und dauerhaften Grundwasserableitungen ist nicht zulässig.
5. Wegen der lärmintensiven Lage im südöstlichen Bereich entlang des Jägerweges zur Bahnlinie wird empfohlen, auf entsprechende Grundrissgestaltung bei der Planung von Wohnungen zu achten. Gegebenenfalls sollten Lärmschutzfenster vorgesehen werden.
6. Auf die Pflicht zur Beachtung der Bestimmungen des Bodenschutzgesetzes, insbesondere auf § 4 wird hingewiesen. In diesem Sinne gelten für jegliche Bauvorhaben die getroffenen Regelungen zum Schutze des Bodens (siehe Beiblatt des Amtes für Wasserwirtschaft und Bodenschutz Besigheim – Anlage E).
7. Es sollen keine „Bodenverbesserungsmittel“ und sonstige art-untypische Materialien (z.B. Torf) eingebracht werden.
8. Für geneigte Dächer mit geringer Dachneigung wird eine extensive Begrünung empfohlen.
9. „Falleneffekte“ gegenüber Tieren sollen vermieden werden.

D. Dem Bebauungsplan werden folgende Anlagen beigelegt:

- Anlage A: max. Gebäudehöhen unter NN vom 10.06.1994
- Anlage B: Regelprofile vom 12.05.1992
- Anlage C: Bepflanzungsvorschlag vom 10.06.1994/ 19.07.1996
- Anlage D: Regelungen zum Schutz des Bodens vom April 1992 des Amtes für Wasserwirtschaft und Bodenschutz Besigheim, Schlossgasse 6
- Anlage E: Hydrogeologische Erkundung des geologischen Datenservice, Rosengarten-Rieden, vom 18.01.1993
- Anlage F: Grünordnungsplan des Ingenieurbüros Schädel vom August 1991, Bestandsplan und Maßnahmenplan. Überarbeitet durch Stadtbauamt mit Datum vom 10.06.1994/ 05.01.1995
- Anlage G: Ergänzungen zum Grünordnungsplan „Mühlwiesen II“ des Büros für Landschaftsökologie und Planung Dr. Ing. D. Bruns vom Juni 1996

Rems-Murr-Kreis
Stadt Murrhardt
Gemarkung Murrhardt

Bebauungsplan

„Mühlwiesen II“

Maßstab 1 : 500

Aufgestellt:

Bauverwaltung Murrhardt, den 10.06.1994/ 05.01.1995/ 19.07.1996

Martin Pfender
Technischer Beigeordneter

Ausfertigungs- und Verfahrensvermerke:

Aufstellungsbeschluss	10.10.1991
Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses (§ 2 Abs. 1 BauGB)	19.10.1991
Aufruf zur vorgezogenen Bürgerbeteiligung durch Ortsübliche Bekanntmachung in der Murrhardter Zeitung:	
Vorgezogene Bürgerbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB):	29.06. – 31.07.1992
Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange über die Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB	
Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)	20.05. – 22.07.1992
Beratung der Ergebnisse aus vorgezogener Bürgerbeteiligung und frühzeitiger Beteiligung der Träger öffentlicher Belange:	08.09.1994
Auslegungsbeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB)	08.08.1994
1.öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)	11.10. – 11.11.1994

Beratung der Ergebnisse aus der 1. Öffentlichen
Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)

09.02.1995

2.öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 3 BauGB)

Beschlussfassung über die Ergebnisse der
2.öffentlichen Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Satzungsbeschluss (§ 10 BauGB)

Das Landratsamt Rems-Murr-Kreis hat mit Erlass
Vom Az. Im Anzeigeverfahren keine Verletzung
Von Rechtsvorschriften geltend gemacht.

Ausfertigungsdatum:

Ortsübliche Bekanntmachung des Anzeigeverfahrens
(§ 12 BauGB)

Inkrafttreten (§ 12 BauGB)

Ausfertigungsverfügung:

Dieser Bebauungsplan ist in der vorliegenden Fassung vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung
am tt.mm.jjjj als Satzung beschlossen und während der Anzeigefrist vom Landratsamt Rems-
Murr-Kreis nicht wegen der Verletzung von Rechtsvorschriften beanstandet worden. Hiermit wird
die Bekanntmachung nach § 12 BauGB angeordnet.

Murrhardt, den